

Wider die Vernunft, wider das Wissen, wider die Menschenrechte Stellungnahme des Verbands für Angewandte Linguistik zu Inhalt und Form der ÖVP-FPÖ Regierungspolitik

Das Regierungsprogramm 2017-2022 ist in vielen sprachenbezogenen Fragen mit dem internationalen sprachwissenschaftlichen Forschungsstand nicht vereinbar; dies wird insbesondere beim Thema ‚Sprache und Integration‘ deutlich. Die Kritik des Verbands für Angewandte Linguistik betrifft daher Inhalt wie Form der (zu erwartenden) Politik.

Integration und Sprache stehen in einer wechselseitigen Beziehung.

Die einseitige Betonung von Kenntnissen deutscher Sprache als Voraussetzung für Integration übersieht die fundamentale Bedeutung von Integrationsprozessen für die Entwicklung von Sprachkenntnissen. Denn: Wer vielfältige Möglichkeiten zur Kommunikation mit Menschen hat, entwickelt schneller höhere sprachliche Kompetenzen. Dies gilt für Deutsch wie für jede andere Sprache. Aus diesem Grund sind alle Inhalte des Regierungsprogramms, die sich auf die Trennung von Menschen nach sprachlichen Kriterien und die Behinderung von Kommunikationsmöglichkeiten beziehen, aus sprachwissenschaftlicher Sicht schärfstens zu kritisieren und abzulehnen: Die geplante Festschreibung von bestimmten Deutschkenntnissen als Schulreife-kriterium und die damit verbundene Rückstellung von Kindern, die diesen Kriterien zunächst anscheinend nicht genügen, schränkt dringend notwendige Sprachlernmöglichkeiten von deutschlernenden Kindern ein. Die Unterrichtssprache kann nur *im Unterricht* gelernt werden. Kurzfristige Brückenklassen können den Einstieg in die deutsche Sprache erleichtern. Im Regierungsprogramm fehlen aber Angaben zu ihrer Funktion und Laufzeit, sodass auch für die weitere Schullaufbahn die Trennung von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen Deutschkenntnissen zu befürchten ist. In jedem Fall sind die geplanten eigenen Deutschklassen abzulehnen; weder ist klar, was mit ‚ausreichenden Deutschkenntnissen‘ gemeint ist, noch ist diese Maßnahme – wie aus vielen einschlägigen wissenschaftlichen Studien ersichtlich – sprachlern- oder integrationsförderlich.

Die Sprachentwicklung von Kindern verläuft nicht linear.

Große Vorbehalte gibt es aus sprachwissenschaftlicher Sicht hinsichtlich der Sprachstands-feststellungen: Die Sprachentwicklung von Kindern ist ein Prozess, der von sprunghaften großen Entwicklungsschritten wie auch Phasen der (vermeintlichen) Stagnation gekennzeichnet ist. Nur längerfristige Beobachtungen lassen verlässliche Schlüsse auf vorhandene Sprachkenntnisse zu. Die im Regierungsprogramm vorge-sehenen punktuellen Erhebungen sind naturgemäß Momentaufnahmen. Die Aussagekraft der Ergebnisse ist daher zweifelhaft, die Folgen jedoch sind – das lässt sich mit Sicherheit vorhersagen – schwerwiegend und diskriminierend, zumal nur für diejenigen Kinder, die nach derartigen Tests „Sprachförderbedarf“ haben, ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr vorgesehen ist.

Es ist nicht nur ein Begriff. Auch die Form trägt Bedeutung.

Geschlechtergerechter Sprachgebrauch ist ein Verdienst des jahrzehntelangen Bemühens um Gleichberechtigung. Es ist bedenklich, dass das Regierungsprogramm nicht auf die Bedeutung geschlechtergerechter Sprache verweist, sondern im Gegenteil ihren Gebrauch einschränkt.

Anspielungen auf NS-Ideologie

Menschen ‚konzentriert an einem Ort zu halten‘ hat Geschichte. Es soll und kann hier nicht über die Absichten spekuliert werden, die mit dieser Äußerung (die aus unserer Sicht eine verbale Entgleisung ist) verbunden sind. Allerdings haben solche Äußerungen zweifellos gesellschaftliche Wirkungen, die wir für hoch bedenklich halten. Die fehlende öffentliche Distanzierung der Bundesregierung von solchen Tabuverletzungen und

Provokationen bewerten wir als Inkaufnahme, wenn nicht gar Billigung dieser Wirkungen, und als historisch verantwortungslos. **Die Grenzen des Sagbaren wurden überschritten.**

Im Namen des Vorstands von Verbal

Eva Vetter (Vorsitzende) und Alexandra Wojnesitz (geschäftsführende Vorsitzende)